

Spezial: Die Zukunft Europas

Am 26. Mai 2019 wird in der Europäischen Union gewählt. Bei der Europawahl entscheiden wir alle fünf Jahre neu, welche 96 deutschen Abgeordneten uns in Brüssel vertreten sollen. Vor dem Hintergrund der Entwicklungen in den einzelnen Staaten mehren sich die Befürchtungen, dass es zu einem antieuropäischen Rechtsruck im Parlament kommen wird.

Patrick ten Brink eröffnet den Reigen mit einem fulminanten Überblick über die anstehenden Umweltthemen, um die sich das nächste EU-Parlament dringend kümmern muss.

Unser erster Interviewpartner Jeremy Wates blickt für uns in puncto Umweltpolitik weit zurück und ebenso weit voraus. Vom „idealen EU-Abgeordneten“, der die Kommission ökologisch einordnet, bis zur denkbaren Auflösung der Umweltbewegung, weil alles Wichtige endlich erledigt ist, reicht sein Bogen.

Üppig bestückt ist der Zeitstrahl mit ausgewählten Meilensteinen im EU-Umweltschutz vom Redaktionsteam. Auch wenn uns Umweltaktiven sonst meist die klaffenden Lücken in der Gesetzgebung auffallen – ein Argument pro EP-Wahl sind die Erfolge allemal.

Über die Hebelwirkung der „guten Rechtsetzung“ klärt Raphael Weyland auf. Birgt doch die EU-Entbürokratisierungswelle Gefahren für bisherige Errungenschaften. Die EU braucht mehr Nachhaltigkeit, Transparenz und Glaubwürdigkeit!

Der Deutsche Naturschutzring (Nina Slattery) und die Europäische Bewegung Deutschland (Interviewpartnerin Linn Selle) werden beide mittels Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit für die Europawahl mobil machen. Partizipation mittels kluger Vorschläge und die Motivation von Jugendlichen, SeniorInnen und allen anderen sind Bausteine ihres Engagements.

Wir wünschen viel Spaß und gute Erkenntnisse beim Lesen! Lassen Sie uns die Wahlbeteiligung gemeinsam auf über 48 Prozent bringen.

[Die Redaktion]

EU-Umweltpolitik

Ökologische Themen vor und nach 2020

Fortschritte für ein wirklich nachhaltiges Europa sind unentbehrlich in konfliktgeladenen Zeiten

Komplexe Aufgaben liegen vor dem neuen EU-Parlament. Diese reichen von Finanzfragen über eine starke Klima-, Naturschutz, Umwelt- und Handelspolitik bis zu Grundfragen der Demokratie. Grundlegende und gelungene Reformen dürften dabei das Vertrauen der BürgerInnen in die Europäische Union stärken. ■ VON PATRICK TEN BRINK, EEB

Im Mai 2019 werden 705 neue Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEPs) gewählt. Die deutschen MdEPs repräsentieren dann – nach dem Austreten der Briten durch den Brexit – 13,6 Prozent des Gremiums, sofern es keine Regeländerung gibt. Bisher stellten sie 12,8 Prozent, weshalb die Wahl der deutschen MdEPs einen noch größeren Einfluss auf die künftige EU-Politik haben wird als bisher. Das neue Europäische Parlament (EP) hat, beeinflusst durch das SpitzenkandidatInnen-Verfahren, auch eine zentrale Verantwortung für die Besetzung des oder der KommissionspräsidentIn und der KommissarInnen: Nach dem Vorschlag der Mitgliedstaaten können die Abgeordneten die PräsidentIn und restlichen KommissarInnen der Europäischen Kommission in einer Wahl bestätigen oder ablehnen. Diese nach öffentlicher Anhö-

rung erfolgende Wahl wird entscheidende Auswirkungen auf die umweltpolitischen Prioritäten und Verpflichtungen für die Amtszeit der nächsten Kommission haben. Das neue EP trifft außerdem wichtige politische Entscheidungen, die die Umwelt, die Gesellschaft, die Wirtschaft und nicht zuletzt das Vertrauen der Menschen in die EU-Institutionen beeinflussen.

Eine erste dringende Angelegenheit ist der EU-Haushalt – **der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR)** für 2021–2027. Die jetzige Kommission hofft, dass die Verhandlungen vor dem Sommer 2019 abgeschlossen sind. In jedem Falle ist eine Zustimmung des EP für den Beschluss des MFR notwendig. Während der jetzige Vorschlag positive Klimamaßnahmen enthält, ist er weit entfernt von einem Klimahaushalt, der mit dem Klimaabkommen von Paris kompatibel

ist. Die MFR-Verhandlungen müssen außerdem die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) integrieren, das Budget CO₂-neutral ausgestalten und dem LIFE-Fonds den nötigen Raum und ausreichende Ressourcen geben. Trotz zusätzlicher Mittel für den LIFE-Fonds ist es ein mangelhafter Haushalt für die Biodiversität – insbesondere durch die fortgesetzte Förderung einer umweltschädlichen Landwirtschaft und die Defizite des Vorschlags für die neue **Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)**. Der GAP-Vorschlag riskiert hinsichtlich seiner Umweltauswirkungen ein Wettrennen nach unten. Außerdem müssen die parallelen Verhandlungen über eine Reform der GAP die schädlichen Auswirkungen der Landwirtschaft auf Biodiversität und Wasser adressieren, sowie in die eigene langfristige Zukunft der GAP investieren.

Angesichts des jüngsten IPCC-Berichts, der Waldbrände in Nord- und Südeuropa und weltweit stattfindender Sturmkatastrophen muss das EP sicherstellen, dass die EU ein globaler Vorreiter im Kampf gegen den **Klimawandel** wird und den globalen Temperaturanstieg auf 1,5° C begrenzt. Die EU muss ihre Treibhausgasreduktionsziele für 2030 erhöhen und den Ausstoß von gefährlichen Treibhausgasen bis 2040 auf Netto-Null-Emissionen senken. Das bedeutet den Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas und maßgebliche Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und -einsparungen, die Kreislaufwirtschaft, die Verkehrswende und in eine klimafreundliche Landwirtschaft.

Naturschutz: Die EU und die Mitgliedstaaten haben sich dazu verpflichtet, den Verlust von Biodiversität zu stoppen sowie die Überfischung und Entwaldung bis 2020 zu beenden. Die EU muss ihre globale Führung aufrechterhalten, indem sie eine neue langfristige Strategie entwickelt und bestehende Gesetze zum Schutz der Natur, der Meere und zur Abwehr invasiver Arten besser durchsetzt. Bereichsbezogene Gesetze, Programme und Praktiken im Landwirtschafts-, Verkehrs- und Energiesektor, die den Verlust der Artenvielfalt verstärken, müssen reformiert werden, damit nicht nachhaltige Modelle verschwinden und sich Modelle entwickeln, die die Natur respektieren. Dies ist lebenswichtig für das Wohlergehen der Menschen sowie die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft.

Meeresschutz: Plastikverschmutzung, Versauerung, Belastung der Fischbestände und Artenverlust gefährden weltweit das Wohlergehen der Meere. Die Biodiversität ist Teil des gemeinsamen Erbes. Vieles ist noch unbekannt und unerforscht. Es ist essenziell, dass wir den Reichtum des Unterwasserlebens begreifen und für künftige Generationen erhalten.

Der Schutz des Wassers ist eine weitere wichtige politische Frage. Die Überprüfung, ein sogenannter Fitness-Check, der bestehenden Wasserrahmenrichtlinie steht bevor und einige Mitgliedstaaten haben Interesse an der Deregulierung und Schwächung der Richtlinie. BürgerInnen, Zivilgesellschaft und Unternehmen lehnen eine

Schwächung des Wasserrechts klar ab und brauchen dabei die Unterstützung des EPs.

Chemikalien: Das EP wird konstruktive Wege diskutieren müssen, um die unerhörten Verstößen gegen das EU-Chemikalienrecht anzugehen, nachdem eine deutsche Studie (www.eeb.org/a-third-of-chemicals-break-eu-safety-laws) vor Kurzem zeigte, dass ein Drittel der Chemikalien gegen geltendes Recht verstoßen. Es gibt eine Initiative, die Rolle des EP auszuweiten und ihm die Möglichkeit einzuräumen, Widerspruch gegen Entscheidungen über die Verwendung von Substanzen mit sehr hohen Risiken einzulegen. Das EP muss handeln, wenn die Kommission sich nicht an ihre Zusage aus dem 7. Umweltaktionsprogramm hält, eine Strategie für eine nicht toxische Umwelt zu entwickeln.

Der **Übergang zu einer sauberen Kreislaufwirtschaft** bietet große Chancen für die Umwelt, den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft. Es bestehen aber auch Risiken. Ohne die nötige Koordination zwischen Gesetzen zu Chemikalien, Produkten und Abfall besteht die Gefahr, dass giftige Chemikalien im Materialkreislauf verbleiben. Recyclete Produkte dürfen keine schädlichen Substanzen enthalten. Die EU braucht schlüssige Regeln, um Abfall zu vermeiden und die Verwendung und Entwicklung langlebiger und reparierbarer giftfreier Güter zu fördern.

Einhaltung der Gesetze und Garantie der Rechtsstaatlichkeit: Hinter dem Schlagwort Better Regulation lauert die Gefahr der Nichteinhaltung und Deregulierung bestehender Gesetze. Damit die Regeln zum Schutz der Gesundheit und für die EU-Bürgerrechte erhalten bleiben und das Vertrauen in die europäischen Institutionen und Regierungen nicht enttäuscht wird, müssen bestehende Gesetze besser umgesetzt und der Gesetzgebungsprozess als adäquates Mittel angesehen werden, um gesellschaftlichen Verpflichtungen, Zielen und Bedürfnissen nachzukommen.

Saubere Luft für alle muss als Grundrecht garantiert werden. Luftverschmutzung ist für den vorzeitigen Tod von jährlich 400.000 Menschen in der EU verantwortlich und führt zu chronischen Krankheiten, darunter der Verlust kognitiver Fähigkeiten und das frühe Auftreten

von Demenz. Die neue Kommission und MdEPs müssen die volle Durchsetzung von Gesetzen zur Luftqualität garantieren und Abschwächungsversuchen durch EU-Regierungen widerstehen. Neue Regeln sind zudem nötig, um die Hauptursachen der Luftbelastung (Verkehr, Energie, Heizkraft, Industrie und Landwirtschaft) anzugehen und die EU-Luftqualitätsstandards denen der Weltgesundheitsorganisation anzugleichen. Darüber hinaus sind wesentliche Förderungen nötig, um Maßnahmen für emissionsarmen Verkehr zu entwickeln.

Das EP muss **Handelsabkommen** daraufhin prüfen, ob sie dem Gemeinwohl dienen. Schiedsklauseln für Investoren müssen ausgeschlossen sein, da diese EU-Bürgerrechte und Gleichheit in der Regierungsführung untergraben sowie das EU-Umweltrecht und Umweltverpflichtungen bedrohen. Handelsabkommen sollten das Pariser Klimaabkommen, Antirückschritts- und Schadensvermeidungsklauseln in rechtlich bindende Kapitel über nachhaltige Entwicklung einfügen. Zweifellos werden klare Regeln für den Handel mit Großbritannien nach dem Brexit von entscheidender Wichtigkeit sein.

Es muss sich für ein transparenteres, demokratischeres und verantwortlicheres Europa einsetzen. Die EU muss das **Recht auf Information, Partizipation und Gerechtigkeit für alle** sowie mehr Einblick in EU-Entscheidungen und Lobbyismus gewährleisten.

Wirkliche Fortschritte in all diesen Bereichen helfen nicht nur bei der **Erreichung der SDGs**, zu welchen sich die EU und ihre Mitgliedstaaten bekannt haben, sondern stärken auch die Legitimität der EU und den Glauben in die europäischen Institutionen und das **europäische Projekt**. Und das ist in diesen komplexen und konfliktgeladenen Zeiten unentbehrlich.

Patrick ten Brink ist Direktor für EU-Umweltpolitik beim Europäischen Umweltbüro (EEB) in Brüssel.



Kontakt:
Tel. +32 2 / 2891306,
E-Mail: patrick.tenbrink@eeb.org, www.eeb.org

„Die neuen EU-Abgeordneten müssen sicherstellen, dass die Kommission den richtigen Weg einschlägt“

Das Europäische Umweltbüro (EEB) – größtes Umweltnetzwerk auf europäischer Ebene mit rund 140 Organisationen aus 30 Ländern – feiert nächstes Jahr sein 45-jähriges Bestehen. Es gilt, sich nicht auf den Erfolgen auszuruhen, sondern trotz wachsender EU-Skepsis die existenziellen Probleme Klimawandel und Artenschwund gemeinsam anzugehen, fordert Jeremy Wates.

Was sind die größten Erfolge der europäischen Umweltbewegung?

Wenn wir den Erfolg daran messen, wie es heute ohne die Arbeit der Umweltbewegung aussehen würde, können wir sehr stolz auf das Erreichte sein. Seit der Gründung des EEB im Jahr 1974 haben wir die Umweltpolitik der heutigen EU maßgeblich beeinflusst. Ohne das EEB hätte es wahrscheinlich nicht einmal ein 7. Umweltaktionsprogramm gegeben. Wenn wir jedoch Erfolg daran messen, wo wir hinmüssen, um innerhalb der planetarischen Grenzen zu leben, können wir weder zufrieden noch selbstzufrieden sein. Die Zeit wird knapp, um existenzielle Probleme wie den Klimawandel und den Verlust der Artenvielfalt anzugehen.

Wie kann die Zivilgesellschaft in Zeiten von Populismus, Krisen und EU-Skepsis den Schutz der Umwelt sicherstellen?

Mit Blick auf den Populismus müssen Umwelt-NGOs in erster Linie vermeiden, als Teil des Establishments wahrgenommen zu werden. Ohne in irgendeiner Weise Nationalismus und das Eigeninteresse zu stützen, das viele populistische Bewegungen kennzeichnet, müssen wir deutlich machen, dass auch wir die einfachen Menschen vertreten und ihre Anliegen gegenüber dem Establishment verteidigen. Um EU-Skepsis zu begegnen, müssen wir mehr über die guten Dinge sprechen, die die EU für die Umwelt getan hat. Das ist schwieriger, als es klingt. Nicht, weil es an guten Dingen mangelt, sondern weil unsere Hauptaufgabe darin besteht, die Regierungen und EU-Institutionen zu kritisieren, damit sie ihren Job besser machen. Hier müssen wir irgendwie das richtige Gleichgewicht finden. Und wir sollten die skeptischen Vorbehalte gegenüber „Brüssel“ in Forderungen nach mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht der EU-Institutionen umwandeln anstatt in Forderungen nach weniger EU. So können wir auch verdeutlichen, dass wir nicht Teil des etablierten Systems sind.

Unterscheidet sich die Wahl 2019 von früheren?

Es geht um viel mehr als sonst! Der Aufstieg der Anti-EU-Parteien, besonders der extremen Rechten, ist nicht zuletzt deshalb ein großes Problem, weil er die

EU daran hindern könnte, weiter gegen Umweltprobleme vorzugehen oder schlimmstenfalls die bestehende Umweltpolitik zunichtemachen könnte. Auch durch das Spitzenkandidaten-System, das nach dem „Winner-takes-all“-Prinzip funktioniert, steht viel mehr auf dem Spiel als früher. Die EP-Wahlergebnisse haben nun einen größeren Einfluss auf die Führung der neuen Kommission, besonders in Verbindung mit einer extremen Auslegung der „politischen Diskontinuität“, wie wir sie unter Juncker erlebt haben. Ist der Spitzenkandidaten-Prozess wirklich der beste Weg, um das Ergebnis der EP-Wahlen bei der Ernennung des Kommissionspräsidenten zu berücksichtigen, wie der Vertrag von Lissabon es verlangt? Es könnte doch vorkommen, dass ein Kandidat vom Parlament eine breitere Unterstützung erhält als der bevorzugte Kandidat der größten politischen Fraktion.

Was soll Ihr „idealer Abgeordneter“ ab 2019 tun?

Es ist äußerst wichtig, den Politikrahmen auf höchster Ebene richtig auszurichten. Die neu gewählten EU-Abgeordneten müssen sicherstellen, dass die neue Kommission den richtigen Weg einschlägt. Das Parlament muss bei Bedarf die Prioritäten des neuen Kommissionspräsidenten infrage stellen und darauf pochen, dass der Umwelt innerhalb einer übergeordneten nachhaltigen Entwicklung Vorrang eingeräumt wird. Die Abgeordneten sollten auch darauf bestehen, dass die Strukturen der neuen Kommission und die Mandate der neuen Kommissare diesen neuen Prioritäten entsprechen. Die neu gewählten MdEPs sollten während der Anhörungen der neuen Kommissare sicherstellen, dass die Kandidaten sowohl fachlich als auch moralisch, also ohne Interessenkonflikte, für eine nachhaltige Arbeit qualifiziert sind. Denn die neue Kommission muss bei ihrer Strategie zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) bis 2030 schnell ein ehrgeiziges 8. Umweltaktionsprogramm ausarbeiten. Ebenso schnell sollten sie die Verhandlungen über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) abschließen, falls noch nicht geschehen. Er muss den Grundsätzen der Nachhaltigkeit entsprechen und mehr Mittel für Klima- und Naturschutz, einschließlich LIFE, beinhalten und darf keine umweltschädlichen Aktivitäten subventionieren.

Welches sind nach 2020 die wichtigsten Themen?

Der Verlust der biologischen Vielfalt und das Artensterben müssen die gleiche hohe politische Aufmerksamkeit erhalten wie der Klimaschutz. Im Falle Europas bedeutet das unter anderem die Einführung einer völlig veränderten Lebensmittel- und Agrarpolitik. Auch die Klimaschutzmaßnahmen müssen verstärkt werden, da die bisherigen Maßnahmen der EU weit hinter ihrer Rhetorik über ihre Vorreiterrolle im Klimaschutz und den Forderungen von Wissenschaft und Rechtsprechung zurückbleiben. Der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft muss beispielsweise über die Erhöhung von Recyclingquoten hinausgehen, um die Wirtschaft nachhaltig zu verändern. Und wir müssen gefährliche Chemikalien beseitigen, indem wir eine ehrgeizige Strategie für eine ungiftige Umwelt annehmen und umsetzen.

Wie sieht die EU in zehn Jahren aus?

Es ist 2028 und wir sind über den Berg! Nachhaltigkeit ist das übergeordnete Prinzip der EU, sowohl theoretisch als auch praktisch. Eine erste Vizepräsidentin der Kommission sortiert rigoros alle Vorschläge aus, die nicht zur Umsetzung der SDGs oder zur Einhaltung der Klima- und Artenschutzziele für 2030 beitragen, die Anfang der 2020er-Jahre erheblich verstärkt wurden. Die KommissarInnen für Energie, Landwirtschaft, Verkehr und Industrie sind ihr unterstellt. Der gescheiterte Versuch Großbritanniens, die EU zu verlassen, ist immer noch in unangenehmer Erinnerung, hat die EU letztlich aber stärker gemacht. Die EU-Institutionen haben ihre Lehren aus dem Brexit gezogen, wurden transparenter, legen verpflichtend Rechenschaft ab und dämmten damit die EU-Skepsis ein. Die Umweltbewegung beginnt sich zu fragen, ob sie sich auflösen kann ...

[Interview: Juliane Grüning]

Der Ire Jeremy Wates ist seit 2011 Generalsekretär des EEB in Brüssel.
Kontakt: Tel. +32 2 / 2891090, E-Mail: jeremy.wates@eeb.org, www.eeb.org



Zeitstrahl

Meilensteine im EU-Umweltschutz – Auswahl

Viele Stationen mit mehr oder weniger großem Erfolg liegen auf dem bisherigen Weg der EU

Wie sähe die Europäische Union ohne vergangene und gegenwärtige Politik zum Schutz von Natur und Gesundheit aus? Bei aller Kritik an fehlenden Umweltgesetzen, schädlicher Landwirtschaftspolitik oder mangelnder Umsetzung, sind einige Maßnahmen vor allem im weltweiten Vergleich doch ein Grund, sich mal auf die Schulter zu klopfen. ■ [DIE REDAKTION]

1962: Vergemeinschaftung der Landwirtschaftspolitik tritt in Kraft (Gemeinsame Agrarpolitik, GAP)

- Größter Einzelhaushalt
- 1. Säule: Direktzahlungen an LandwirtInnen
- 2. Säule: Entwicklung des ländlichen Raums

1973: 1. Umweltaktionsprogramm (UAP) verabschiedet

Zentrales Instrument für Schwerpunktsetzung und Rahmenvorgaben der Umweltpolitik

1979: Vogelschutzrichtlinie tritt in Kraft

1981: Generaldirektion XI „Umwelt, nukleare Sicherheit und Katastrophenschutz“ wird eingerichtet

1983: Grundlagen der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) werden bereitet

Aufgabenbereiche: Erhaltung der Fischbestände; Schiffe und Landeinrichtungen; Marktkontrollen; Verhandlungen und Verträge mit Nationen außerhalb der EG

1987: Einheitliche Europäische Akte

Erstmals Abschnitt über Umwelt in den EWG-Vertrag eingefügt (heute: Art. 191-193 AEUV) und Umwelt ausdrücklich erwähnt (heute Art. 114 AEUV)

1992: Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie in Kraft

Zentrales Rechtsinstrument zur Umsetzung der Konvention zum Schutz der biologischen Vielfalt (CBD 1992); wesentliches Element: zusammenhängendes europäisches Netz von Schutzgebieten (Natura 2000)

1992: Das erste LIFE-Programm startet

- 731 Projekte, 400 Millionen Euro Fördervolumen
- Unterstützung nachhaltiger Produktion und Entwicklung sauberer Technologien

- Umweltverschmutzung und Abfallbeseitigung
- Entwicklung neuer Mess- und Monitoringverfahren zum Umweltschutz

1993: Vertrag von Maastricht

Umweltschutz als Ziel der Europäischen Gemeinschaft verankert (heute Art. 3 EUV)

1994: Europäische Umweltagentur (EEA) nimmt ihre Arbeit auf

1999: Vertrag von Amsterdam

Umweltintegrationsprinzip in EG-Vertrag aufgenommen (heute Art. 11 AEUV)

2000: EU-Wasserrahmenrichtlinie tritt in Kraft

Ziel: Alle Gewässer – vom Grundwasser über die Flüsse und Seen bis hin zu den Küstengewässern – müssen einen „guten Zustand“ erreichen

2005: Europäisches Emissionshandelssystem tritt in Kraft

2007: REACH-Verordnung tritt in Kraft

- Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien
- Prinzip: ohne Registrierung keine Marktzulassung

2007: Erstes Klima- und Energiepaket wird beschlossen

Reduktion der Treibhausgase um 20 Prozent (ggü. 1990), Anteil der erneuerbaren Energien am Energiemix auf 20 Prozent anheben, Energieeffizienz um 20 Prozent steigern

2009: Vertrag von Lissabon tritt in Kraft

Energiepolitik erhält eigenständiges Kapitel, umweltverträgliche Energieversorgung genannt (Art. 194 AEUV), Bekämpfung des Klimawandels (Art. 191 AEUV)

2011: EU-Kommission legt EU-Biodiversitätsstrategie für 2020 vor

Erhaltung und Wiederherstellung der Natur, Schutz von Ökosystemen und Ökosystemleistungen, nachhaltige Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft

2014: Start des 7. Umweltaktionsprogramm

- Neun prioritäre Ziele (u. a. Schutz, Erhaltung und Verbesserung des Naturkapitals der Union; Übergang zu einer ressourceneffizienten, umweltschonenden und wettbewerbsfähigen CO₂-armen Wirtschaftsweise), Laufzeit 2014 bis 2020
- Unklar, ob ein 8. UAP nachfolgen wird

2014: EU-Klima- und Energiepaket 2030 beschlossen

- Senkung der Treibhausgasemissionen um mindestens 40 Prozent (ggü. 1990)
- Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energiequellen auf mindestens 27 Prozent (auf 32 Prozent in der Erneuerbaren-Richtlinie 2018 erhöht)
- Steigerung der Energieeffizienz um mindestens 27 Prozent (auf 32,5 Prozent in der Energieeffizienz-Richtlinie 2018 erhöht)

2015: Klimaabkommen von Paris, Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung

- EU und ihre Mitgliedstaaten sind Vertragsstaaten
- Anpassung der EU-Klimastrategien an Pariser Abkommen steht noch aus
- Es fehlt noch immer eine umfassende Strategie zur Umsetzung der SDGs auf EU-Ebene

2016: EU-Naturschutzgesetze bleiben – Verbände feiern Erfolg

2017 EU ratifiziert Minamata-Konvention (Quecksilber wird beschränkt)

2018: EU-Kreislaufwirtschaftspaket wird beschlossen

Europawahl 2019 – Fakten, Hinweise, Hilfreiches

Das Europäische Parlament (EP) vertritt die Interessen der über 500 Millionen EU-BürgerInnen und wird seit 1979 alle fünf Jahre direkt gewählt. Das EP hat seine Arbeitsorte in Straßburg (Plenartagung), in Brüssel (Ausschüsse, Fraktionen, Miniplenarsitzung) und in Luxemburg (Generalsekretariat).

Europaabgeordnete (MdEP): zurzeit 751; ab 2019 nach dem Brexit: **705**, davon Deutschland: 96 Sitze

Befugnisse:

- ▶ Legislative (teilt sich die Gesetzgebungskompetenz im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren mit dem Rat der EU)
- ▶ Haushaltsrecht: Seit der Lissabon-Vertrag in Kraft ist, teilen sich EP und Rat die Befugnis, über den jährlichen Haushaltsplan zu entscheiden, Haushaltskontrolle
- ▶ Parlamentarische Kontrolle: EP kontrolliert die Arbeit der EU-Organen, vor allem die der EU-Kommission

Fraktionen im jetzigen EP:

- ▶ Europäische Volkspartei (EVP): 219 (DE: 34)
- ▶ Progressive Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D): 188 (DE: 27)
- ▶ Europäische Konservative und Reformer (EKR): 73 (DE: 6)
- ▶ Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE): 68 (DE: 4)
- ▶ Die Grünen/Freie Europäische Allianz (Grüne/EFA): 52 (DE: 13)
- ▶ Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL): 51 (DE: 8)
- ▶ Europa der Freiheit und Direkten Demokratie (EFDD): 43 (DE: 1)
- ▶ Europa der Nationen und der Freiheit (ENF): 34 (DE: 1)
- ▶ Fraktionslos (NI): 23 (DE: 2)

Eine Fraktion wird aus mindestens 25 Mitgliedern gebildet, die in mindestens einem Viertel der Mitgliedstaaten gewählt worden sind. Die Facharbeit erfolgt in Ausschüssen.

Wann: 23. bis 26. Mai 2019 (DE: 26.05.2019)

Wer: Alle BürgerInnen, die ihr 18. Lebensjahr vollendet haben und nach dem 23. Mai 1949 mindestens drei Monate lang ununterbrochen in der BRD oder DDR gelebt haben. Aktiv wahlberechtigt sind auch alle anderen in Deutschland lebenden Bürger der Europäischen Gemeinschaft (Unionsbürger), die am Wahltag mindestens 18 Jahre alt sind und seit mindestens drei Monaten in der Europäischen Gemeinschaft wohnen.

Wie: Es gilt EU-weit das Verhältniswahlrecht, allerdings gibt es im passiven Wahlrecht Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten: In Deutschland darf man mit 18 Jahren MdEP werden, anderswo muss man 21, 23 oder 25 Jahre alt sein. In einigen Ländern gibt es Sperrklauseln für Parteien, die bei drei, vier oder fünf Prozent liegen. Eine Wahlpflicht besteht in Belgien, Griechenland, Luxemburg und Zypern.

DE: 1 Stimme für 1 Partei oder sonstige politische Vereinigung, entweder Landesliste oder Bundesliste einer Partei

Nur die SpitzenkandidatInnen der Parteien können Präsident/Präsidentin der EU-Kommission werden.

[Die Redaktion]

Politische Instrumente

Von „Better Regulation“ zur „guten Rechtsetzung“

Überarbeitung der bisherigen Modalitäten kann Dreh- und Angelpunkt für bessere EU sein

Derzeit führt die EU-Kommission ein sogenanntes Stocktaking, also eine Bestandsaufnahme zum Querschnittsthema „Better Regulation“ durch. Diese Rechtsetzungsmodalitäten können ein wichtiger Hebel sein, um politikübergreifend mehr Nachhaltigkeit und insgesamt transparentere und partizipativere Verfahren umzusetzen, und damit insgesamt auch die Akzeptanz für die EU zu fördern. ■ VON RAPHAEL WEYLAND, NABU

Der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat in seiner Amtszeit die Deregulierungsbemühungen seines Vorgängers José Manuel Barroso fortgesetzt. 2017 veröffentlichte die EU-Kommission ihre überarbeiteten Leitfäden (Guidelines) für „Better Regulation“ und das damit eng verknüpfte „REFIT“-Programm zur Überprüfung bestehender Unionsrechtsakte auf ihren „bürokratischen Aufwand“. Diese beziehen sich auf die planerische Frage, in welchem Bereich die EU-Kommission gesetzgeberisch tätig werden

sollte, außerdem auf die dann durchzuführende Gesetzesfolgenabschätzung (Impact Assessment), und unter anderem auch auf die Überprüfung bestehender Gesetze und die hierzu möglichen Fitness-Checks. Die Leitfäden betonen zwar, selbst nicht der Deregulierung zu dienen. Auch ist das Instrument der Impact Assessments zumindest auf dem Papier ausgewogener als die Darstellung der Gesetzesfolgen in Deutschland (siehe umwelt aktuell 10.2018, S.4–5). Deutliche Kritikpunkte gibt es dennoch. In Abstimmung mit anderen Umweltverbän-

den auf EU-Ebene nutzte der NABU die öffentliche Konsultation zu Better Regulation daher, um auf grundlegende Aspekte und eine fehlerhafte Schwerpunktsetzung der EU-Kommission beim Better-Regulation-Ansatz hinzuweisen.

Grundlegender Paradigmenwechsel nötig

Demnach sind zwar durchaus einzelne Verbesserungen am Prozess der Gesetzesarbeitung der EU-Kommission vorstellbar, aber kleinere Korrekturen am jetzt schon

komplexen Gefüge reichen nicht aus. Vielmehr muss die zukünftige EU-Kommission den Better Regulation-Ansatz grundlegend überarbeiten, um „Gute Gesetzgebung“ zu erreichen. Außerdem ist es für die Vertrauensbildung in die EU erforderlich, den Schwerpunkt nicht mehr auf die Überprüfung und Überarbeitung bestehender Gesetze zu legen. Stattdessen muss die EU-Kommission schwerpunktmäßig erst einmal ihrer ureigenen Aufgabe als „Hüterin der Verträge“ nachkommen und sicherstellen, dass die unionsrechtlichen Vorgaben von den Mitgliedstaaten auch umgesetzt werden – damit die gesetzgeberischen Ziele erreicht werden können, bevor die Gesetze wieder angegangen werden. Folgende Maßnahmen sind aus Sicht des NABU notwendig.

Erfordernisse für Better Regulation

- ▶ Konsultationen stärken
- ▶ Evaluationen transparenter machen

Erfordernisse für „Gute Gesetzgebung“

- ▶ Vorrang des öffentlichen vor dem privaten Interesse
- ▶ Leitprinzip Nachhaltigkeit einführen
- ▶ Verbindliche Richtlinien und Verordnungen statt unverbindlicher Aktionspläne oder Leitfäden
- ▶ Um- und Durchsetzungsinitiative, um vollständige Anwendung des Unionsrechts sicherzustellen, wenn nötig mithilfe von Vertragsverletzungsverfahren
- ▶ Mehr Transparenz bei Beschwerde- und Vertragsverletzungsverfahren
- ▶ Vollständige Umsetzung der Aarhus-Konvention

Auch Finanz- und Wirtschaftswelt will bessere Governance auf EU-Ebene

Es sind nicht nur die Umweltverbände, die Änderungen an den Governance-Strukturen der EU-Kommission fordern. Auch von mehreren von der EU-Kommission berufenen Gremien, die nicht verdächtig sind, gemeinsame Sache mit NGOs zu machen, kommt Unterstützung. Schon Ende Januar veröffentlichte die mit Ökonomen besetzte „High-Level Expert Group on Sustainable Finance“ ihren Endbericht. In diesem fordert

sie unter anderem ein „Think Sustainability First“-Prinzip für die „Better Regulation“-Guidelines und das dortige „Impact Assessment“. Zu den Unterstützern gehört auch die mit der klaren Prämisse „weniger EU-Regulierung“ gestartete, wirtschaftsnah besetzte „Task Force on Subsidiarity, Proportionality and Doing Less More Efficiently“. In ihrem Abschlussbericht im Juli 2018 forderte sie unter anderem, die EU-Kommission möge gründlich den Mehrwert von unverbindlichen Dokumenten außerhalb von Rechtsakten prüfen, und sich außerdem mehr auf die Um- und Durchsetzung von bestehenden Richtlinien fokussieren.

Auch die breit besetzte „Multi-Stakeholder Plattform“, welche die EU-Kommission bei der Umsetzung der SDGs beraten soll, hat umfassende Empfehlungen zu einer partizipativeren und insgesamt stärker an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (SDGs) ausgerichteten EU veröffentlicht. Mit Blick auf das für Ende des Jahres geplante Reflexionspapier der EU-Kommission über ein „Nachhaltiges Europa bis 2030“ plädiert sie dafür, die politischen Prioritäten der EU-Kommission viel stärker als bisher an den SDGs auszurichten und hierfür auch die Better-Regulation-Agenda anzupassen.

Verbesserung der Better-Regulation-Agenda ist Chance für die Zukunft der EU

Es ist nicht nur aus Gründen der Nachhaltigkeit, Transparenz oder Glaubwürdigkeit der EU nötig, die Better-Regulation-Agenda der EU-Kommission zu überarbeiten. Die Bestandsaufnahme der Better-Regulation-Guidelines bietet hierfür eine gute Chance. Da die Leitfäden politikübergreifend gelten, könnten sie viel stärker dazu beitragen, Nachhaltigkeit in die verschiedenen Politikbereiche einzubinden und die SDGs umzusetzen. Nur kosmetische Korrekturen reichen hierfür nicht aus. Die EU-Kommission muss zukünftig vielmehr das öffentliche Interesse und Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen für „Gute Gesetzgebung“ stellen. Außerdem muss sie den Fokus von der Überprüfung und Überarbeitung bestehender Gesetze wegrichten und die Kapazitäten auf die

Um- und Durchsetzung des bestehenden Rechtsrahmens bündeln. Es ist fraglich, ob die noch amtierende EU-Kommission hierzu bereit ist. Deswegen bleibt auch der Druck von Mitgliedstaaten und der Zivilgesellschaft äußerst wichtig.

Eine in diesem Sinn verbesserte Governance- und Rechtsetzungsstruktur der EU-Kommission könnte auch zu mehr institutioneller Transparenz und Glaubwürdigkeit beitragen. Sie muss freilich mit weiteren Entscheidungen pro Nachhaltigkeit einhergehen, etwa bei der Prioritätensetzung der künftigen EU-Kommission oder der Unterstützung der SDGs durch den neuen Kommissionspräsidenten beziehungsweise hierfür zuständige Kommissare. All dies kann zu einer besseren EU beitragen, die auch von den Bürgerinnen und Bürgern geschätzt wird.

Links

- ▶ Infos zur Konsultation zum Stocktaking des Better-Regulation-Ansatzes der EU-Kommission mit Link zur Roadmap und den Leitfäden: www.ec.europa.eu/info/consultations/public-consultation-stocktaking-commissions-better-regulation-approach_en
- ▶ Abschlussbericht der von der EU-Kommission berufenen „High-Level Expert Group on Sustainable Finance“: www.ec.europa.eu/info/publications/180131-sustainable-finance-report_en
- ▶ Bericht der von der EU-Kommission berufenen „Task Force on Subsidiarity, Proportionality and Doing Less More Efficiently“: www.ec.europa.eu/commission/files/report-task-force-subsidiarity-proportionality-and-doing-less-more-efficiently_en
- ▶ Infos zur von der EU-Kommission berufenen Multi-Stakeholder-Plattform on SDGs: www.ec.europa.eu/info/strategy/international-strategies/global-topics/sustainable-development-goals/multi-stakeholder-platform-sdgs/support-and-advise_de

Der Jurist Dr. Raphael Weyland leitet das Brüsseler Büro des NABU und arbeitet dort unter anderem zu den Themen Bessere Rechtsetzung und nachhaltige Entwicklungsziele auf EU-Ebene.

Kontakt:
Tel. +32 2 / 28008 30,
E-Mail: raphael.weylend@nabu.de
www.nabu.de



DNR-Kommunikationskampagne

Proeuropäische Kräfte mobilisieren

Der Deutsche Naturschutzring will zur EU-Wahl über seine Mitglieder elf Millionen Menschen erreichen

Vor der EU-Wahl mehren sich die Befürchtungen, dass es zu einem antieuropäischen Rechtsruck im EU-Parlament kommen wird. Dagegen entwickelt der DNR zurzeit für seine Mitgliedsverbände eine Kampagne, um gemeinsam für die Wahl und vor allem für ein natur- und menschenfreundliches Europa einzutreten. ■ VON NINA SLATTERY, DNR

„Was würde dich bewegen, um zur Europawahl zu gehen?“ Mein Patenkind ist 20 Jahre und darf nächstes Jahr zum ersten Mal wählen. Er gehört damit zur Gruppe der Erstwähler, einer jener zwei Wählergruppen, die bei der vergangenen Wahl – neben den Senioren – wenig Interesse für die Mitbestimmung in Europa zeigte. Seine Antwort ist ernüchternd: Wenn die Markenturnschuhe 50 Euro teurer würden, träfe ihn das. Sicherung des Friedens, Reisefreiheit, Studieren im Ausland, gemeinsames Bestreben nach einem länderübergreifenden Umweltschutz? Kein Thema. Warum auch.

Frieden, Reisefreiheit und Umweltschutz über die Grenzen sind selbstverständlich

So oberflächlich die Antwort des 20-Jährigen im ersten Moment auch scheinen mag, sie spiegelt wider, dass Europa in über 60 Jahren eine Stabilität und einen hohen Lebensstandard aufgebaut hat, den die Jungen als selbstverständlich hinnehmen. Glückwunsch, Europa!

Nur: Geschichte schreitet nicht zum Besseren fort, jedenfalls nicht von alleine. So schreibt es Evelyn Roll, Journalistin der Süddeutschen Zeitung: „Was immer gewonnen ist, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit [... und hier könnte man ergänzen *EU-weite Grenzwerte zur Luftreinhaltung, EU-Klimaschutzprogramm mit EU-weitem Emissionshandel, hohe Qualitätsstandards für Trinkwasser- und Badegewässer, Strategien zur Abfallvermeidung und Rohstoffrückgewinnung, um nur einige zu nennen; die Autorin*] kann in Hochgeschwindigkeit wieder verloren gehen. Wie man Erreichtes zurückfahren kann, macht der Präsident der Vereinigten Staaten gera-

de vor. Nein, danke. Also heißt es proeuropäisch wählen zu gehen.

Wählen und fordern

Zur Europawahl entwickelt der DNR zurzeit gemeinsam mit der Agentur Wigwam eine Kommunikationskampagne, mit der die 89 Mitgliedsverbände die Möglichkeit erhalten, elf Millionen Menschen in Deutschland zu erreichen. Das ist die theoretische Reichweite. Menschen, die tier-, natur- und umweltschutzaffin sind. Menschen, die wissen, dass nationalstaatliche Lösungen allein nicht mehr die Antworten auf globale Herausforderungen bieten.

Inhaltliche Grundlage der Kampagne ist das von einer breiten Mehrheit der Mitgliedschaft getragene Forderungspapier „Meine Stimme für Europas Zukunft“. Für die Kampagne auf kurze, starke Botschaften heruntergebrochen, sind die Kernforderungen, mit denen sich die unterschiedlichen DNR-Mitglieder identifizieren können: eine klimaneutrale EU bis 2050, der Schutz unserer natürlichen Ressourcen Wasser, Boden und intakte Lebensräume, der Stopp des Artenschwunds, eine nachhaltige Mobilitätswende und hohe Tierschutzstandards.

Zur Verbreitung soll ein Kommunikationspaket einschließlich einer Social-Media-Kampagne geschnürt und den Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden. Dabei wird auf ein DNR-Branding bewusst verzichtet. So sollen die Verbände alle Teil einer starken Bewegung werden, die sich proeuropäisch positioniert und für einen natur- und menschenfreundlichen Umbau der Europäischen Union einsetzt. Anspruch der Kampagne ist es, ein Angebot zu bieten, das andere Kampagnen nicht

verdrängt, sondern ergänzt. Mitgliedsverbände, die keine eigenen Aktionen entwickeln, können sich der Kampagneninstrumente bedienen und damit ohne großen Aufwand auf die Europawahl aufmerksam machen. Möglichst früh sollen die Mitglieder einbezogen werden, um gemeinsam die Kampagne zu tragen und zum Erfolg zu machen. Dazu wird es Anfang 2019 einen Konzeptionsworkshop geben. (Interessierte melden sich bei Nina Slattery.)

Und was wäre ein Erfolg? Wenn die EU von uns als Lebensraum angenommen wird, in dem wir nachhaltige Visionen denken, ökologisch-klimafreundliche Lösungen umsetzen und eine offene, demokratische und insgesamt nachhaltige Wertegemeinschaft leben können, sind wir einen großen Schritt weiter. Einen Raum dafür zu schaffen, wird nur durch aktive Wahlteilnahme proeuropäischer Kräfte möglich sein. Gestalten wir ein Europa mit, in dem Markenturnschuhe an den Füßen bleiben und nicht in den Köpfen sitzen. Europa ist die Lösung, nicht das Problem.

Link

► „Meine Stimme für Europas Zukunft“:
www.dnr.de/fileadmin/Positionen/2018-07-DNR-Europawahl-2019-Forderungen-DE.pdf

Die Germanistin und Romanistin Nina Slattery ist Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des DNR.

Kontakt:
 Tel. +49 (0)30 / 6781775-78,
 E-Mail: nina.slattery@dnr.de,
www.dnr.de



„Setzt man Themen, die die Menschen bewegen, gehen sie auch zur Wahl“

Eine Eurobarometerumfrage von September ergab, dass die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger lieber „mehr“ statt „weniger“ Europa wünscht – gut drei Viertel wollen eine gesündere Umwelt. Angesichts dieser Ergebnisse sollte es doch möglich sein, 2019 mehr Europäerinnen und Europäer zu den Urnen bewegen, damit sie ihr Kreuzchen für Europa machen, findet Linn Selle.

Im kommenden Jahr geht es eher darum, nationalistischen Kräften im EU-Parlament Einhalt zu gebieten, als die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Wie soll das gelingen?

Wir müssen tatsächlich damit rechnen, dass nationalistische und autoritäre Parteien europaweit, aber auch in Deutschland, mehr Wählerinnen und Wähler motivieren können als bei den letzten Wahlen. Damit eine steigende Wahlbeteiligung nicht zu der absurden Situation einer Schwächung des Europäischen Parlamentes insgesamt führt, sind die Parteien und die Medien gefragt, einen echten Wahlkampf stattfinden zu lassen. Es braucht einen ordentlichen Wettbewerb um die besten politischen Lösungen, einen, der Inhalte diskutiert und der zwischen Persönlichkeiten geführt wird – und zwar so, dass Wählerinnen und Wähler zuschauen wollen und am Ende auch ihr Kreuz setzen.

Und wie kann das umgesetzt werden?

Indem man sich die Themen vornimmt, die die Menschen bewegen – und nicht nur über „mehr“ oder „weniger“ Europa spricht. Viele Menschen interessieren sich für das Atmen von guter Luft und dafür, saubere Lebensmittel essen zu können. Anderen ist es wichtig, dass große Konzerne Steuern zahlen – schließlich müssen sie es auch – oder sie wollen, dass den Verbraucherrechten Priorität eingeräumt wird. In allen diesen Politikbereichen hat das Europaparlament eine gewichtige Rolle. Gesellschaftliche Gruppen wie der DNR können dafür sorgen, dass Europapolitik eine solche Übersetzung in Themen findet, die den eigenen Aktivisten nahegehen, und sie so zu einer Beteiligung an der Europawahl animieren.

Sind aus Ihrer Sicht die Bürgerdialoge das richtige Format, um hier mehr Partizipation zu schaffen?

Wenn sie richtig gemacht würden, dann: Ja. Wenn allerdings so getan wird, als würde den Bürgerinnen und Bürgern zugehört, am Ende aber nichts herauskommt, dann kann das ins Gegenteil umschlagen und zu mehr Enttäuschung und Frust führen. Deshalb wird die EBD genau hinschauen, wie die Ergebnisse aus den europaweiten Bürgerdialogen in den Europäischen Rat im Dezember eingebracht werden und

wie es anschließend weitergeht. Eigentlich könnte die Bundesregierung gleich weitermachen und nach Impulsen der Bürgerinnen und Bürger und der gesellschaftlichen Gruppen für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 fragen.

Welches Anliegen will die EBD in puncto Wahl vermitteln?

Die EBD will, dass die Parteien die Europawahl ernst nehmen und eine echte politische Auseinandersetzung suchen, indem sie zum Beispiel starke, glaubwürdige Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten aufstellen. Und auch, dass die Medien diesen Wettbewerb selbst dann prominent in einem TV-Duell zeigen, wenn die Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten nicht Deutsch sprechen. Als Verein wollen wir unsere Mitgliedsorganisationen motivieren, aus ihrer eigenen Perspektive klarzustellen, warum es wichtig ist, wählen zu gehen, und dass es von Bedeutung ist, welche Partei die Stimme erhält. Sie sollen politische Alternativen bei Themen deutlich machen, die ihre Klientel – also Unternehmerinnen, Autofahrer oder Betriebsräte – unmittelbar betreffen. Dann kann man sich nicht mehr hinter einem „Europa geht mich nichts an“ verstecken. Wenn wir das mit unserer Multiplikatorenkampagne der Mitgliedsorganisationen erreichen, können wir eine Lücke füllen, die Parteien und Medien hinterlassen.

Die Jugend – auch in den osteuropäischen Ländern – ist proeuropäisch und wählt dennoch häufig nationalistisch. Woran liegt's?

Das liegt daran, dass sie sich in politischen Prozessen nicht richtig wiederfinden. Auch wenn ich aus persönlicher Erfahrung von einer überwiegend proeuropäischen Jugend berichten kann, sehe ich natürlich die Entwicklungen. Wichtig ist, dass die Themen, die junge Menschen bewegen, richtig angegangen werden. Vor allen Dingen in Südeuropa ist das Thema Jugendarbeitslosigkeit zum Beispiel so dringlich, dass wir das auf europapolitischer Ebene theoretisch priorisieren müssten. Schließlich geht es da um ganze Generationen von Menschen, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden und die keinen Einstieg in ein geregeltes Arbeitsleben schaffen. Dass

die sich von den etablierten politischen Kräften nicht wahrgenommen fühlen, ist da kein Wunder.

Das EU-Parlament agiert häufig progressiver als die nationalen Parlamente. Warum wird das Ihrer Meinung nach nicht so wahrgenommen?

Es hat etwas damit zu tun, dass das Europäische Parlament (EP) anders funktioniert als etwa der Bundestag: Die Parteien spielen eine geringere Rolle, es gibt weniger ideologische Auseinandersetzungen. Das muss man den Wählerinnen und Wählern natürlich auch erklären und da sind allen voran die Medien gefragt. Wenn man sich zum Beispiel anschaut, wie viel aus dem Bundestag berichtet wird, und gegenüberstellt, wie viele Fernsehminuten das EP bekommt – da gibt es ein erschreckendes Ungleichgewicht.

Stichwort Politikverdruss: Gibt es in Ihren Augen einen Verdruss über die Europäische Union?

Den gibt es, aber in gleichem Maße gibt es auch einen Vertrauensverlust gegenüber nationalen Regierungen, das sollte man nicht voneinander trennen. In Bezug auf die EU hat das zum Teil mit einem Brüssel-Bashing durch nationale Regierungen zu tun, manchmal aber auch mit der Art und Weise, wie die EU Politik macht. Etwa dass häufig sehr kleinteilig reguliert wird, man in den wirklich wichtigen Fragen aber nicht voranzukommen scheint. Die EBD ist als Verband bislang gut damit gefahren, falls nötig auch mal den Finger in die Wunde zu legen. Vor allem möchten wir aber möglichst kluge Verbesserungsvorschläge machen. Dazu sind die politische Erfahrung und die Expertise der Mitgliedsorganisationen unabdingbar.

[Interview: Marion Busch]

Die Politologin Dr. Linn Selle ist Präsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD).



Kontakt:
E-Mail: linn.selle@
netzwerk-ebd.de,
www.netzwerk-ebd.de